

Diese Gesetzesberatung sollten sich einmal die Gewerkschaften erlauben! Ein Sturm der Entrüstung im ganzen bürgerlichen Wählermaße würde die öffentliche Meinung gegen die Arbeiterchaft aufzuspitzen versuchen. Die Herrenmenschen der Industrie und ihre stumpfsinnigen Nachbeter im Handwert wollen aber die für sie günstige Zeit nützen. Dem wirtschaftlich Schwächeren soll der Fuß auf den Nacken gesetzt werden. Daß die Unternehmer alle ihnen nicht gemachten gesetzlichen Einrichtungen sabotieren, ist allerdings nichts Neues. Hier fällt nur auf die brutale Offenheit, mit der es am Werke ist. Dagegen hilft nur das einmütige Zusammenstehen aller Arbeitenden. Kollegen, überhört diese Mahnung nicht!

Der Goldschwind bei der Reichsbank.

Der Goldbestand der Deutschen Reichsbank, der jetzt zur Errichtung einer Goldkreditbank und einer allgemeinen Goldwährungsbank herangezogen werden soll, unterlag seit Ausbruch des Krieges, in Millionen, folgenden Veränderungen:

	Geldbestand	Gelddepot im In- und Ausland
23. Juli 1914	1.856,8	—
31. Dezember 1914	2.092,8	—
31. " 1916	2.520,8	—
31. " 1917	2.406,6	—
31. " 1918	2.282,2	—
31. " 1919	1.089,5	—
31. " 1922	954,8	50,0
31. Mai 1923	5,6,9	187,0
31. Dezember 1923	445,7	21,3
15. Februar 1924	445,0	21,0

Während des Krieges erfolgte bis Ende des Jahres 1916 eine starke Zunahme und fast Verdoppelung des Goldbestandes. Dann machte sich infolge der Devaluation (Abschwächung) der Reichsmark in freierem der ausländischen Kriegsgeldeserhalten, die für Lebensmittel, Kriegsgerät usw. nur in Gold bezahlt werden wollten, eine starke Verminderung bemerkbar, die sich in den Nachkriegsjahren, wo die Erfüllung der Wehrpflichtsbedingungen und die zunehmende Zufuhr von Fett- und Eiweißstoffen aus Amerika den Goldbestand der Bank stark anspinnen, fortsetzt. Gegenüber 1916 büßt die Bank bis Ende 1922 rund zwei Drittel ihres Goldes ein, so daß sie nur mit ungefähr einer Goldmilliarde in das letzte Inkassationsjahr tritt, in dem unter der glorieichen Panterkreditwirtschaft Cuno-Hermes der eigentliche Goldschwind stattfand. Diese Bewegung im Goldbestand der Reichsbank wird durch Ausführungen, Beleuchtung und Verkauf von Reichsbankgold gekennzeichnet, wodurch eine völlig verfehlte Devisen- und Finanzwirtschaft das Problem der Devisenbeschaffung und der Stabilisierung der Reichsmark zu lösen vermeinte. Am 31. Dezember 1922 sind bereits 50 Millionen Gold in ausländischen Depots mit dem Zweck, durch Lombardierung unmittelbar Devisen flüssig zu machen. Für die Operation wurden im Laufe des Jahres 1923 bei in- und ausländischen Banken rund 270,5 Millionen Gold verwendet:

Im der Bank	Wohlfahrt	Reichsbank	Abgeleitet
Schweizer National-Bank	114,9	114,9	49,9
Bank von England	150,0	150,0	50,0
In- und ausländische Privatbanken	—	82,9	27,3

Die Kaufpänder betragen also für das Jahr 1923 rund 175 Millionen Gold. Dagegen wurde verkauft:

Nach New York	für 368,5 Millionen Gold
London	90,0

Die Mengen wurden den Golddepots in Bern und London entnommen und dienen, da die Devisenbeschaffung völlig verfehlt, teilweise zur Wiedergabe der bekannten belgischen Wechsel, im Monat April 1923, und der verhängnisvollen Marktzuschüsse der Cuno-Hermes-Regierung. Der Goldschwind im Jahre 1923 macht rund 637,5 Millionen Gold aus. Die Halbierung unseres Goldbestandes, die für die weitere Entwicklung der Währungsfrage von einschneidender Bedeutung ist, geht auf Konto der rein bürgerlichen Regierung Cuno-Hermes und der skandalösen Finanzwirtschaft während der Ruhrbesetzung von den bürgerlichen Politikern betrieben wurde.

Die Arbeitslosigkeit und das Familienleben.

Das amerikanische Arbeitsministerium veröffentlichte vor Kurzem die Ergebnisse einer vom Jugendamt angeordneten Untersuchung über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf das Familienleben während der Wirtschaftskrise 1921/22. Die Untersuchung erstreckte sich auf zwei Städte mit 9000 bis 19000 Arbeitslosen. Die Familienverhältnisse von 886 arbeitslosen Familien wurden untersucht. Aus dem Bericht (mitgeteilt in der „Information Sociale“, Band 8, Nr. 6) möchten wir den Titel wiedergeben, der sich auf die Leiden der Familien, die sich nicht menschenwürdig durchbringen konnten, bezieht:

231 Familien, 63 % sämtlicher untersuchten Familien, berichteten, daß ein oder mehrere ihrer Mitglieder während der Periode der Arbeitslosigkeit des Vaters erkrankt und leistungsunfähig geworden seien. Diese Familien hatten 852 Kinder zu versorgen. Ein Drittel dieser Kinder gehörte Familien an, wo es der Mutter gelang, bezahlte Arbeit im Hause oder außer dem Hause zu finden. In manchen dieser Familien konnte die Mutter das zur Ernährung ihrer Kinder nötige Geld nur durch Heberanstrengung bis zur völligen Untergrabung ihrer Gesundheit und Vernachlässigung der Kinder herbeischaffen.

Wehr als zwei Fünftel der untersuchten Familien konnten ihre Bedürfnisse während der Arbeitslosigkeit durch Aufhebung ihrer Ersparnisse zum Teil befriedigen. In vielen Fällen waren es die Ersparnisse vieler Jahre. Eine Anzahl von Familien, die Wohnhäuser gekauft und diese ganz oder teilweise bezahlt hatten, mußten auf diese verzichten. Mehr als vier Fünftel von ihnen haben Schulden gemacht, um durchzukommen; mehr als die Hälfte haben öffentliche oder private Wohlfahrtsanstalten in Anspruch genommen.

Man darf nicht glauben, daß die Entbehrungen der Familie während der Arbeitslosigkeit des Familienhauptes

bei Verbesserung der Verhältnisse, wenn es ihm gelingt, wieder Arbeit zu finden, sofort aufhören. Die Ersparnisse sind erschöpft, vielleicht mußte auch das Wohnhaus, dessen Kauf die Verwirklichung ihres höchsten Wunsches war, geopfert werden; lange noch, nachdem es ihm gelungen ist, eine Arbeit zu finden, muß das Familienhaupt einen Teil seines Lohnes zur Begleichung von Schulden und den andern zur Wiederbeschaffung der notwendigen Gegenstände verwenden.

Eine der verhängnisvollsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist ihre verheerende Wirkung auf das Familienleben. Der Vater, entmutigt und verzweifelt, bleibt beschäftigungslos zu Hause. Die Mutter ist gezwungen, außerhalb des Haushalts Arbeit zu nehmen, wenn sie solche finden kann, sie verbringt alle ihre Kräfte in der doppelten Aufgabe der Versorgung des Haushalts und der Kinder und des Erwerbs der Lebenshaltungskosten. Die Kinder leiden unter der gedrückten Stimmung und der Unsicherheit der Zukunft, die vielleicht noch schlimmer sein werden als die gegenwärtigen Entbehrungen.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Berlin. Im Vertragsgebiet Groß-Berlin und Vororte ist zurzeit noch Ruhe, weil bis zum 8. April ein Lohnabkommen getroffen ist. Dagegen hat in der Provinz Brandenburg mit dem 1. April der Kampf der Unternehmer gegen die achtstündige Arbeitszeit begonnen. In einer größeren Anzahl Wohngebiete verlangen die Ortsverbände der Unternehmer, und dort, wo es durch den Ortsverband nicht geschieht, einzelne Mitglieder der Unternehmerverbände, daß vom 1. April an 8½, 9 und 10 Stunden täglich gearbeitet werden soll. In Landsberg wurde den Arbeitern durch Plakatausgang bekanntgegeben, daß ihnen das Arbeitsverhältnis zum 31. März gekündigt sei; vom 1. April an müßte 9 Stunden täglich gearbeitet werden. Andere Mitglieder haben es abgelehnt, sich dieser Weisung zu fügen. In 2 Betrieben (Wäsche und Seilspinnerei) wurden dann am nächsten Morgen die Arbeiter entlassen. Bei der Firma Wölke konnte nach 2 Stunden Pause die Arbeit wieder aufgenommen werden, da die Firma erklärte, es sei bei der bisherigen Arbeitszeit von 8 Stunden zu belassen. Bei der Firma Seilspinnerei sind 16 Mitglieder arbeitslos geworden. Bei den übrigen Firmen wird 8 Stunden gearbeitet. Auf den Bauten in Senftenberg liegen die Unternehmer ebenfalls Plakate anheften, wonach die Arbeitszeit von 8 bis 8½ Uhr gilt und alle bisher bestehenden tariflichen Bestimmungen vom 1. April an aufhören. Injere Kollegen beachteten diesen Aushang nicht und kamen am nächsten Morgen, wie üblich, um 7 Uhr zur Arbeit. Die Unternehmer griffen zur Entlassung. Verhandlungen zwischen den beiden Parteien haben noch kein Ergebnis gezeigt. Erfolg können sie nur dann haben, wenn die Unternehmer das alte Verhältnis wieder herstellen. — In Sorau versucht der Unternehmerverband gleich ganze Arbeit zu machen. Nach vergeblichen Verhandlungen zwischen den örtlichen Organisationsstellen sandten die Unternehmer folgenden Brief an unsern Vereinsvorstand: „Nach stattdesunder Aussprache der Arbeitgeber in der Versammlung am 2. April wurde folgendes beschlossen: 1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 64 Stunden. 2. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt täglich, und zwar am Schluß der Arbeitszeit ohne vorherige besondere Auffündigung. 3. Die Lohnzahlung erfolgt Dienstage. Am Sonnabend wird ein entsprechender Nachschuß gezahlt. 4. Der Gehaltslohn beträgt 4½ die Stunde. Alte und invalide Gesellen sowie Junggeleuten im ersten Gehaltsjahr erhalten 15 % weniger (39 ½). Vollwertige Bauhilfsarbeiter erhalten 35 %, Erd- und Hofarbeiter 30 ½ die Stunde.“ Injere Mitglieder haben es abgelehnt, sich dem Willen der Unternehmer nicht zu fügen. Soweit sie in Arbeit standen, sind sie entlassen worden. Ein großer Teil von ihnen ist bereits in andern Wohngebieten untergekommen; die übrigen hoffen, daß sie ebenfalls in alternativer Zeit Arbeit finden werden. Außerdem beschloßen unsere Mitglieder, daß der Vorsitzende unseres Vereins beauftragt wird, sich sofort an die zuständigen Gewerkschaftsverbände zu wenden und Strafentwurf gegen die einzelnen Unternehmer zu stellen, die das Schreiben unterzeichnet haben. Hier liegt der typische Fall vor, daß die Unternehmer in trasser Form die Notlage der Bauarbeiter auszunützen und diese durch Druck und Zwang dahin zu bringen versuchen, dauernd eine längere Arbeitszeit einzuführen, als in der Verordnung über die Arbeitszeit zulässig ist. In ähnlicher Weise suchen auch die Unternehmer in Guben, Rudenwalde, Sternberg, Jülligau, Neudamm, Werlinden, Wudow, Müllersberg usw. die Einführung einer längeren Arbeitszeit durchzusetzen. In größeren Orten haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß in diesen Orten eine Vereinbarung zustande kam, wonach es bei der bisherigen achtstündigen Arbeitszeit verbleibt. — Schon macht sich bemerkbar, daß sich infolge des langen Winters Arbeiter geküßt haben und die vorhandenen Fabrikarbeiter in einigen Lohngebieten nicht ausreichen. Schon werden in den Zeitungen Mauerer gesucht. Wenn von allen Mitgliedern freige nach den Anforderungen des Bezirksverbandes beschaffen wird, dann ist es zu erwarten, daß der Spitz der Arbeitszeiterlängerung sehr bald wieder im Baugewerbe verschwindet.

Bezirksverband Dresden. Nachdem die zentralen Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Reichslarifvertrages am 20. März gescheitert sind, hat der Bezirksarbeiterverband für den Freistaat Sachsen, ohne mit den örtlichen oder bezirkslichen Organisationen der Arbeiter nochmals zu verhandeln, allen seinen Mitgliedern ein Zirkular zugehen lassen mit der Aufforderung, es allen bei ihnen beschäftigten Bauarbeitern zur Unterzeichnung zuzulegen. In dem Zirkular steht unter andern, daß mit diesem 31. März das Arbeitsverhältnis ende und jeder zu diesem Tag gekündigt sei. Wer weiterbeschäftigt sein wolle, müsse sich einer neuen Lohnregelung fügen und vor allem der Verlängerung der Arbeitszeit. Es ist dem und den sonstigen im Zirkular enthaltenen Bestimmungen nicht fähig, sei mit dem 31. März entlassen. Am 27. März wurde dieses Zirkular den Bauarbeitern an den einzelnen Arbeitsstellen unterbreitet. Am 2. April erschien dann noch ein

Nachschuß, wonach Lohn nur noch für wirklich geleistete Arbeitszeit gezahlt werden soll. Dem Willen der Unternehmer widerstehen sich die Bauarbeiter; die Folge war, daß eine Anzahl Unternehmer am 1. April zur Auslieferung überging. Ein etwaiger großer Teil der Bauarbeiter arbeitet zu den früheren tariflichen Bestimmungen weiter. Ein Teil der Unternehmer hat das Annehmen des Bezirksarbeiterverbandes von vornherein abgelehnt. Es war ihnen jedenfalls zu brutal, in einer Zeit, in der immer noch gegen 70 % arbeitslose Bauarbeiter vorhanden sind, ein solches Diktum durchzuführen. Ein noch größerer Teil der Unternehmer ließ unter den alten Bedingungen weiter arbeiten; sie schürten sich ihrer Organisation gegenüber dadurch, daß sie ihren am Bau beschäftigten Arbeitern am 1. April und den folgenden Tagen erklärten: „Von heute an wird auf meinem Bau verübt gearbeitet, also nicht 48 Stunden und darüber (wie es in dem Zirkular verlangt wird), sondern nur 45 ½ Stunden.“ Der Zweck, den die Unternehmer mit ihrem Diktum zu erreichen suchten, dürfte ihnen wenig Freude machen. In allen unsern Versammlungen herrscht die einmütige Wille, die Unternehmer nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Nörrliche Lohnverhandlungen lehnen die Unternehmer ab. Nach ihrer Ansicht sollen die Löhne bezirklich, alle übrigen Arbeitsbedingungen örtlich oder gar für jede Arbeitsstelle besonders geregelt werden. Zu einem solchen Frei werden die Bauarbeiter die Hand nicht bieten. Wegen die täglich ansteigenden Verkaufspreise anzukämpfen, halten die Unternehmer für überflüssig; sie würden sich ja schließlich eine gute Quelle für die Masse des Wirtschaftsbundes verschaffen, die dieser dadurch aufstehenden Gelder und Provisionen benötigt man ja zur Bekämpfung der Bauarbeiter sehr dringend.

Bezirksverband Frankfurt a. M. Seit Wochen versuchen in unserm Bezirk die Unternehmer, unsere Kollegen mit sanfterem oder stärkerem Druck von der Notwendigkeit der Arbeitszeiterlängerung zu überzeugen. In allgemeinen bieten die heftigsten Bauarbeiter handstark. Und wenn sie wirklich einmal bei einem Unternehmer ins Bankensamen, dann waren die Kollegen sofort bei der Hand, die Front wieder zu festigen. In den letzten Tagen des März wurde aber entlassen und leidendhaftig um die Arbeitszeiterlängerung gerungen. Der Mitteldeutsche Arbeiterverband hatte an seine Mitglieder Anweisungen und eine Karte zur Unterzeichnung herausgegeben, um den Kampf zur Entlassung zu bringen. Gefordert wurde, vom 1. April an eine wöchentliche Arbeitszeit von 64 Stunden, der Sonnabend nachmittags soll arbeitsfrei bleiben. Ferner ist auf den Anweisungen beim Arbeitslohn, von Heberstunden, von Nacht- und Sonntagsarbeit, Entlassung usw. die Rede. Der Druck sollte damit auf das äußerste gesteigert werden. Der Ziel haben die Unternehmerverbände in keinem Ort erreicht. Am leidendhaftigsten wurde in Mainz und in der Unterfrankfurter gerungen. Injere Kollegen haben dort schon am 1. April den Druck abgewehrt. In den andern Orten: Frankfurt a. M., Offenbach, Höchst-Riesheim a. M., Darmstadt, Genua, Friedberg, Wubach, endete dieser Kampf ebenfalls mit siegreicher Abwehr. Die Arbeitgeberverbände sahen ein, daß sie mit einer Unterdrückung des Achtundbentag nicht überwinden konnten. Sie griffen zu härteren Mitteln, zur Entlassung und Ausperrung. Am 2. und 3. April wurden in den schon genannten Orten ungefähr 2600 bis 3000 Kollegen unserer Organisation entlassen. Am stärksten haben sich die Unternehmer in Darmstadt und Offenbach an der Ausperrung beteiligt. Angefähr 1300 Kollegen sind in Frankfurt, Genua, Höchst am Main und Wubach ausgesperrt. Alle andern Orte haben sich daran zunächst noch nicht beteiligt; auch nicht in den Großstädten Cassel, Mainz und Wiesbaden. Verhandlungen haben bereits am 2. April stattgefunden. Dabei wurde den Unternehmern politisch erklärt, eine Verlängerung der Arbeitszeit um über 48 Stunden in der Woche gäbe es nicht. Am den Achtundbentag werden wir kämpfen bis auf's Letzte. Aber neue, am 7. April in Aussicht genommene Verhandlungen werden wir später berichten.

Bezirksverband Hamburg. Die von den Unternehmern herausgegebenen Arbeitsbedingungen haben in einigen Bereichsgebieten zu Arbeitsentlassungen geführt, die erst dann wieder eingeklinkt werden konnten, als den Mitgliedern in diesen Gebieten ein materieller Vorteil gesichert wurde. In den Bereichen Schleswig-Holstein, Ploen und Sildelam es wegen der einheitlich aufgestellten Arbeitsbedingungen auf Streiks, die in allen Fällen damit endeten, daß diese Gebiete in die nächsthöhere Lohngruppe des Vertragsgebietes „Norden“ versetzt wurden. Daneben wurden noch andere Vorteile durchgesetzt, in Sutin und Seide ein Zuschlagsgleichlohn von 6 beziehungsweise 9 ½ über die neu vereinbarten Lohngebieten. Diese Leberlöcher sind ausdrücklich als Entgelt für die im Dezember abgebauten Löhne von Unternehmern gestanden worden. In Wiltter und Wutzebu war es schon eine Woche früher nach dreitägigem Streik zu einer ähnlichen Vereinbarung gekommen; was der Bezirksleitung trotz vieler Zeitbergebung und Mühe nicht gelungen war, die Vergebung des einen oder andern Ortes in eine höhere Lohnklasse, das haben die Vereine durch eigene Kraft in wenig Tagen zustande gebracht. Ob das eine Lehre für unsere Kollegen und auch für die bezirksliche Leitung des Arbeitgeberverbandes sein wird, muß die Zukunft lehren. Inzwischen ist der Gesamtbezirk, mit Ausnahme des hannoverschen Zelles, ein Lohn- und Arbeitsabkommen mit Wirkung bis zum 30. April abgeschlossen worden. In diesem Abkommen sind die hauptsächlichsten Bestimmungen des Bezirkslohnabkommens niedergelegt, dazu der § 5 Wlab 6 und der § 7 des früheren Reichslarifvertrages. Wenn der Arbeitgeberverband inzwischen nicht „ganz von Weill verlassen“ wird, ist damit zu rechnen, daß auch nach dem 30. April eine vernünftige Regelung für den Bezirk erzielt wird. Die Bauhilfsarbeit scheint sich gut zu entwickeln; in einigen Gebieten werden die Mauerer schon gesucht, anderns hat man schon vor 14 Tagen begonnen, Mauerer zu sammeln. Die Arbeitslosigkeit ist außer in den Großstädten völlig gehoben. Hoffentlich hält das an, damit unsere Kollegen sich endlich einmal wieder erholen können.

Weitere Jahr je einen Tag mehr bis zu 14 Arbeitstagen. Bei Berechnung des Umlaufs ist auch die Zeit in Anrechnung zu bringen, die der Arbeiter in einer anderen Glasmanufaktur des Vertragsgebietes verbracht hat.

Holzerer.

In welsch demagogischer Weise Mitglieder des Wirtschaftsbundes gegen die tariflichen Bestimmungen arbeiten, ergibt sich aus einem Schreiben, das von der Firma Illmer & Sohn an ihre Leute gerichtet wurde. Herr Illmer selbst ist seit mehreren Jahren Mitglied der Tarifberatungskommission gewesen, an der Befriedigung der einzelnen Bestimmungen des Reichstarifvertrages hat er wesentlichen Anteil genommen. Trotzdem möchte er heute daran eine ganze Anzahl Bestimmungen ändern, natürlich zu seinen Gunsten. Da er weiß, daß er sich in der Öffentlichkeit damit eine Unbeliebtheit holen würde, versucht er, durch Mautwerkarbeit seine Leute zu fördern. Wegen Mautmangels können wir das Schreiben nicht vollständig zum Ausdruck bringen, haben aber allen Sachgruppen eine Widerricht zu geben, um den Kollegen einmal Gelegenheit zu geben, Kenntnis zu nehmen. Wie bei einzelnen Leuten „Treu und Glauben“ bewertet wird. Nach Ansicht des Herrn Illmer ist der Tarifvertrag ein „dogmatisches Gebilde“, in dessen Buchstabenmäßiger Erfüllung für beide Teile Härten liegen. Die Härten lassen sich aber vermeiden, sagt Herr Illmer weiter, wenn beide Teile zum Geben bereit sind und der gegenwärtigen schlechten finanziellen Lage Rechnung getragen wird. Und in zudeckender Weise wird dem Arbeiter dann erklärt, daß er ein Teil des Gehalts sei, der allerdings dann auch bereit zum Geben sein müsse. Aufträge von der Industrie könne man nur bekommen, wenn man billig ist; nur dann werde die Firma für die Leute Arbeit haben, wenn sie auf Grund besonderer Leistungen der Arbeiterchaft billiger fertigen könne. Daher sollen ihre Leute an Leistungen herangeführt, was sie nur können. Die Firma weiß auch, daß die Auslösung zu niedrig ist und daß ein zufriedener Arbeiter mehr schafft als ein unzufriedener. Daher macht sie den Arbeitern den Vorschlag, nachdem diese in letzter Zeit zum Teil mit der achtstündigen Arbeitszeit „gebrochen“ haben, sich nun frei zu machen von allem Gewerkschaftsdrang und in Uebereinstimmung mit der Firma den achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Dann sei die Firma in der Lage, die tägliche Auslösung um 50 % zu erhöhen. Sie erklärt sich weiter bereit, in der Lohnwoche vom 20. März bereits den vierfachen Stundenlohn als Auslösung zu zahlen, in der Woche darauf den dreifachen, in der Woche nach dem 27. März den zweifachen und in der Woche nach dem 3. April den einfachen. Aber die Arbeiter sollen nicht auf die Auslösung der besten Werk und des Regis bestehen, sondern mühe das auch befreit werden. Aber eine Bedingung wird gestellt: Die Abmachung muß im Preise der Familie bestehen. Weder die anderen Arbeitgeber noch die Gewerkschaft dürfen etwas davon erfahren; denn wenn die Konkurrenzfirmen davon Wind bekommen, dann könnten sie ja das Maß ihrer Aufzucht machen! Die Gewerkschaft aber würde den Arbeiter den Mehrerwerb nicht gönnen und auf der Innehaltung der Verträge bestehen. Herr Illmer hat auch noch einen weiteren Vorschlag in petto: Die Arbeiter sollen in ihren Reihen die Wiedererrichtung der Akfordarbeit „auf gesunde Weise“ in Erwägung ziehen. Herr Illmer ist ganz bereit, mit 2 Holzerern an einem Sonntag die maßgebenden Grundzüge durchzusprechen. Nur Mehrarbeit könne dem Arbeiter helfen; eine höhere Bezahlung ohne Mehrleistung bringe Feuerung, unter der der Arbeiter am meisten zu leiden habe. Das ist der Inhalt des Briefes der Firma Illmer, bei dessen Lesen wir ein Versches einfiel, das ich einmal an einer Gleichwand eingeschnitten fand:

O Herr, bist du vor Jesule und Gwandl!

Nicht nur unsere Arbeitskollegen, sondern auch die Herren Kollegen der Firma Illmer sollen sich die Handlungsweise dieses „Tarifwärters“ einmal kritisch betrachten. Von unseren Kollegen müßte man erwarten, daß sie mit aller Energie derartige Praktiken zurückweisen. Wer sich mit solchen Mitteln kaufen läßt, um Verfall am Achtstundentag und an seinen Berufscollegen zu üben, der gehört nicht in die Organisation. C. O.

Steinholzerer.

Am Donnerstag, 10. April, hat in Hannover zwischen den Organisationsleitungen eine Vorbesprechung stattgefunden, um festzustellen, ob es irgendeinen Wert hat, in Tarifverhandlungen einzutreten, bevor die ganze Situation im Baugewerbe geklärt ist. Ueber das Ergebnis dieser Besprechung wird später berichtet.

Schöpfer und deren Hilfsarbeiter.

Für den Tarifbezirk Holstein mit Lübeck findet am Sonntag, 27. April, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Kiel eine Bezirkskonferenz der Olenfelder statt. Zur Beratung steht die Stellungnahme zum Bezirksrat und Sonstiges. Die Kosten der Delegation trägt jeder Teil selbst. Die Einkünfte erfolgen durch Kollegen Schreiber, Kiel. Aus dem Kreis i. Komm. wird mitgeteilt, daß die Festschmelzer der Tarif gekündigt haben, um die Höhe bedeutend herabzusetzen. Nachdem die Kollegen seit Dezember arbeitslos waren, nahmen sie an dem Unternehmen an, das sich durch Herabsetzung der Höhe zu bewähren fand, um sich durch Herabsetzung der Höhe zu bewähren. Der Betrag der Stundenlohn der Olenfelder für den 1. März 25 für die Provinz 57. Auf Stundenlohn wird ein Aufschlag von 10, auf Olen von 18 % auf die bisherigen Akfordhöhe gesetzt. Die achtstündige Arbeitszeit ist anerkannt. Für die Olenfelder in Bayern fanden am 2. April Verhandlungen statt; sie verliefen resultatlos. Die Olenfelder in Nürnberg erhalten 80 % Stundenlohn. Die Auslösung mit Uebervornachtung beträgt 2,60 M. In einer Verhandlung mit den Olenfeldern in den ersten Bezirken (Brandenburg, Pommern und Mecklenburg) wurde vereinbart: Der

Schiedspruch des Schlichters vom 10. März wird außer Kraft gesetzt. Auf die bisherigen Akfordhöhe erfolgt ein Aufschlag von 20 %, so daß der Stundenlohn vom 31. März bis 3. Mai 48 J. der Akfordmultiplikator 0,70 beträgt. In den Orten mit 10 % Abzug ist der Lohn 42 J., der Multiplikator 0,62. Es ist kaum glaublich und demnach Tatsache, daß in einer Reihe von Bezirken die Höhe der Löhne höher ist als die der Olenfelder im Bezirk 1. Das kann unmöglich so fortgehen. Es muß dafür gefordert werden, daß der Olenfelder für seine verantwortungsvolle Arbeit einen höheren Lohn bekommt. Der Streit der Olenfelder in Ost- und Pommern ist beendet. In Braunschweig sind die Olenfelder, nachdem sich die Unternehmer durch allerlei Winkeltzüge vor Lohnverhandlungen gedrückt, am 7. April in den Streit getreten. In Rüdich (Schweiz) stehen die Olenfelder in der Lohnbewegung. Zugang ist ferngehalten! Die Sachgruppen werden aufgefordert, alle Adressenänderungen der Olenfelder in der Reichsgruppenleitung umgehend mitzuteilen. Wiederholt sind unheimliche Verpfändungen in der Zustellung der Korrespondenz erfolgt. Das muß vermieden werden.

Zwei fälschliche Formulare auf Mittdeutsch (Schweiz) sind als acht, Stundenlohn nach 2 Stunden Zeit, Werklohnung für 2 Tage vorzugeben. Gramatische Werkstätte Hans Schuppmann, München-Parlating 3.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Dänemark. In Tondern stehen die Bauarbeiter im Lohnkampf. Die Kollegen bitten, den Zuzug nach Tondern strengstens fernzuhalten.

Schweiz. In Zürich währt der Malerstreik weiter. Die Unternehmer suchen in Deutschland Streikbrocher zu werben. Ferner stehen in Zürich die Gipser im Streik. Bei den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern steht der Streik bevor. Zürich und Umgegend sind unter allen Umständen zu meiden. Auch in Bern dürfte es im Baugewerbe zur Arbeitsniederlegung kommen. Wir ersuchen, bei allen Arbeitsangeboten aus der Schweiz beim Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz, Zürich 4, Volkshaus, nähere Erkundigungen einzuziehen.

Allgemeine Rundschau.

Unser Kollege Albert Zöpfer sowie am 1. April die's Jahres sein fünfundsiebzigjähriges Dienstjubiläum begehen. Am 1. April 1899 wurde er als Redakteur in den Hauptvorstand des Bauhilfsarbeiterverbandes ernannt; er bekleidete dieses Amt bis zur Verschmelzung des Bauhilfsarbeiterverbandes mit dem Maurerverband im Jahre 1912 und übernahm sodann im Maurerverband das Amt eines Sekretärs. Auch dieses schwierige Amt versah Kollege Zöpfer mit seltener Beharrlichkeit und Ausdauer; er ist unermüdet, wenn es gilt, für die Interessen des Bundes und der Kollegen einzutreten. Wir beglückwünschen den Kollegen Zöpfer zu seinem Geburtstag und wünschen damit zugleich die Fortsetzung aus, daß er noch lange Jahre seines Amtes in gleicher Lebendigkeit und Frische walten möge!

Am die falsche Adresse! Aus Schw e i d i u protestiert ein Kollege gegen die Beschimpfung anders denkender Kollegen im „Grundstein“, er fordert gegen dessen „einseitige“ Schreibweise Wdhilfe. Aus Pre n z l a u sendet der Passierer Kollege Schulz ein unterzeichnetes Schreiben, worin die Baugewerkschaft Pre n z l a u gleichfalls gegen die „kommunistische“ und die Schreibweise im „Grundstein“ protestiert einlegt. Die Kollegen sind auf falschem Wege. Denn wenn von Heße die Rede ist, dann bei denen, die sie schätzen möchten. In allen sich kommunistisch nennenden Tageszeitungen und Gewerkschaftsblättern wird unser Baugewerksbund Tag für Tag in der gemeinsten Weise heruntergerissen. Diejenen Bund gehören auch der Protestler in Schw e i d i u und die Kollegen in Pre n z l a u an. Sind diese in der Ordnung, wenn folgenderweise ist ihr eigenes Gewerkschaftsnetz? Was neu da wendet Euch mit Euren Beschwerden nur an die andere Adresse. — Wir haben lange genug geschwiegen. Jetzt aber geht es um den Bestand des Bundes. Und da bedenken wir Prügel, wenn wir den nicht beisteigen. Im übrigen überlassen wir das Schimpfen und Verleumdungen neidischen dort drüben. Die Protestler übersehen ganz, daß wir in unserm Leitartikel der Nummer 13 des „Grundstein“ ja nur Beschüsse und Anschuldigungen aus der bolschewistischen Literatur wiedergegeben haben, um die Vernichtungs- und Spaltungsabsichten von jener Seite gegen die freien Gewerkschaften aufzudecken. Und wenn sie kein Empfinden dafür haben, daß es Absicht des „Grundstein“ ist, dies zu tun, den Bund zu verteidigen, dem die Protestler ja selbst angehören, wenn diese die bolschewistische Propaganda gegen die Gewerkschaften hier stellen, als ihre eigene Gewerkschaft, dann zeugt dies nur von geradem verblüffender Verneinung gewerkschaftlicher Notwendigkeiten.

Auch in Dachebergewerbe haben sich die zentralen Verhandlungen wegen Aufschaffung eines Reichstarifes verzögert. Die hohen Arbeitgeberverbände für das Dachebergewerbe verlangen ungehörig hohe, was bei unseren zentralen Verhandlungen von den Unternehmern verlangt wurde. Nach fünfjährigjähriger Verhandlung steht die Verhandlung auf. Auch die Dacheberger sind jetzt tariflos.

Macdonald als Förderer des Heimstättenbaues. Als Macdonald am 8. Januar in der Weltkammer in London sein Programm entwickelte, sagte er: „Einer der wichtigsten Teile meines Programms ist die Heimstättenfrage. Ich wünsche einen Programm, um Heimstätten — Heimstätten — bis wir — bis wir — bis wir unser ganzes Volk in ihnen untergebracht haben. Und ich will jetzt und hier erklären: Welche Vorbereitungen immer erfüllt werden müssen, um ein Höchstmaß für Heimstätten herzustellen; wie sind bereit, diese Vorbereitungen zu er-

füllen! Wenn sich Kräfte, Monopole, Syndikate finden sollten, die uns dabei im Wege ständen, indem sie Vorteile zurückfallen oder verteilen, so werden wir sie brechen!“ — Es ist verständlich, daß ein Mann, der mit einem solchen Programm die Regierung eines Landes übernimmt, die begeisterte Zustimmung von Millionen Volksgenossen findet. In Deutschland hat bis jetzt trotz der entscheidendsten Wohnungsnot kein Staatsmann den Mut gefunden, den Heimstättenbau als einen der wichtigsten Teile seines Programms zu bezeichnen und dementsprechend zu handeln, obwohl tatsächlich das Wohl des deutschen Volkes außer einer günstigen Regelung der Reparationsfrage von keiner andern Frage mehr abhängt, als von einer gefunden, die Produktion fördernde Lösung der Wohnungsfrage.

Bücher und Schriften.

Schwerfasser. Ein Prähistorisches und Arch. G. L. 23. Seiten. 20 M. Arbeit rügen-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Frühling im Waldreife. Ein Märchenbuch von Frau Osterroth, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Auftragsrecht der Verlagsfirma von 5 Exemplaren. 20 M.
Wegweiser. Ein Spiel für die Arbeiterjugend von Ernst Böger, 2. Auflage, 20 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Wald. Ein Gedenkbuch von Hermann Gauding mit Freiwahlungen von Ilse Gauding, 30 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Auftragsrecht der Verlagsfirma von 10 Exemplaren.
Handbuch für das Schlichtungsverfahren in Gewerkschaften. 20 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Die deutsche Arbeiterbewegung. 20 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Die deutsche Arbeiterbewegung. 20 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Die deutsche Arbeiterbewegung. 20 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Benachmachung des Bundesvorstandes.

Benachmachungen sind wieder vorrätig und können zum Preise von 20 M für das Stück beim Bundesvorstand bestellt werden.

Ausgeschlossenen auf Grund § 16 der Bundesbesetzung ist von der Baugewerkschaft Finkenwerder: Paul Freywald, Maurer, geb. 1. 1. ? zu Stechau (Verb. Nr. 750 456); von der Baugewerkschaft Marienwerder: Wilhelm Mielke, Maurer, geb. 4. 11. 81 zu Mariort (903 405); von der Baugewerkschaft Wernigerode: Gustav Wührig, Maurer, geb. 5. 5. 90 zu Wernigerode (108 145), Christian Fiedrich, Maurer, geb. 5. 1. 77 zu Wernigerode (108 396), Franz Fricke, Maurer, geb. 15. 7. 88 zu Wernigerode (108 349), Friedrich Sopp, Hilfsarbeiter, geb. 16. 7. 00 zu Wernigerode (476 448), Hermann Wierich, Maurer, geb. 15. 6. 93 zu Wernigerode (807 632), und Hermann Schilke, Maurer, geb. 20. 9. 08 zu Wernigerode (881 709); vom Wernigerodeverband aus der Baugewerkschaft Auerbach: Walter Conrad, Maurer, geb. 27. 9. 90 zu Auerbach (248 157), Heinrich Wegner, Maurer, geb. 5. 11. 89 zu Schönheide (57 710), Otto Seidel, Maurer, geb. 8. 6. 76 zu Neumpegritz (566 684), und Richard Schädlich, Maurer, geb. 17. 1. 71 zu Langemünde (465 601); aus der Baugewerkschaft Augsburg: Josef Schmalzer, geb. 10. 10. 00 (897 849); aus der Baugewerkschaft Halle a. d. Saale: August Wandermann, Hilfsarbeiter, geb. 20. 8. 85 zu Halle (180 345), Ernst Göttsche, Maurer, geb. 25. 5. 78 zu Halle (2162), Wihl. Fröhling, Hilfsarbeiter, geb. 24. 4. 81 zu Aichereichen (67 731), Fritz Jähnchen, Hilfsarbeiter, geb. 5. 2. 80 zu Halle (109 716), Fern. Kuntze, Hilfsarbeiter, geb. 14. 1. 78 zu Halle (159 348), und Wihl. Stein, Maurer, geb. 1. 8. 87 zu Hamburg (161 405). Der Bundesvorstand:

Gemeinnützige Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbsthilfe“, Freiburg i. Br., 1923.

Table with financial data for the building workers' society, including columns for 'Kassenbestand', 'Polizeibuchgaben', 'Material', etc., and a total sum of 10 971 460 000 010 102.

Verlust- und Gewinnkonto.

Table with financial data for the loss and profit account, including columns for 'Gewinn', 'Verlust', etc., and a total sum of 468 mit 677 Anteilen.

Die Zahl der Genossen beträgt somit 468 mit 677 Anteilen mit Gesamtsumme von 684 000 M. gegen im Vorjahr 103 800 M. Freiburg, den 5. März 1924. Der Vorstand, ges. Leiter, ges. Schwarz. Der Schriftführer, ges. Hübner, ges. Weiter.